

II-566 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 22. Jänner 1980
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/53-2/79

226 IAB

1980 -01- 23

zu 213 U

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dkfm. Dr. KEIMEL
und Genossen an den Bundesminister für Ge-
sundheit und Umweltschutz betreffend den
Ausbau der B 223 (Flötzersteig)
(Nr. 213/J-NR/1979)

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende
Fragen gestellt:

- 1) Sind Sie der Ansicht, daß die B 223 die städtische Umwelt nicht beeinträchtigt ?
- 2) Sind Sie bereit, sich für die Überprüfung des derzeitigen Projekts sowie von Alternativen, die den öffentlichen Verkehr bevorzugen (wie z.B. Park and Ride, S-Bahn) einzusetzen und bei der endgültigen Festlegung die Berücksichtigung der Auswirkung auf die Umwelt zu verlangen ?
- 3) Welche Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um die Zerstörung der städtischen Umwelt und des ökologischen Gleichgewichts durch den Bau von Stadtautobahnen und ähnlichen Verkehrsbauten zu verhindern ?
- 4) Sind Sie bereit, auf den Bautenminister und den Bürgermeister von Wien dahingehend einzuwirken, daß bis zur eingehenden Prüfung der Umweltbeeinträchtigung durch Ihr Ministerium das Projekt zurückgestellt wird ?"

- 2 -

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1):

Jede Straße beeinträchtigt die Umwelt. Es gilt hier, einen ausgewogenen gesellschaftlichen Kompromiß zwischen den Bedürfnissen des Individualverkehrs und den gesellschaftlichen Anliegen nach Schutz der Umwelt zu finden. Besonders sensibel ist die Situation dort, wo in städtischen Ballungszentren eine dem gestiegenen Verkehrsaufkommen entsprechende Infrastruktur geschaffen werden soll. Hier wird mit allem Nachdruck dafür zu sorgen sein, daß Lösungen gefunden werden, die dem Anliegen der Stadtbevölkerung nach Bewahrung einer zuträglichen Umweltsituation weitestmöglich entgegenkommen. Aber auch eine solche Entscheidung wird nur ein Kompromiß zwischen den Interessen der potentiell Betroffenen und dem Anliegen sein, die Infrastruktur für den Individualverkehr zu verbessern. Dabei darf aber auch nicht übersehen werden, daß durch Verkehrsstauungen und Ampeln in ihrem Weiterkommen behinderte Kraftfahrzeuge bis zu sechs Mal mehr Schadstoffe als bei einem zügig dahinrollenden Verkehr emittieren.

Zu 2):

Der Wiener Bürgermeister Leopold GRATZ gab am 17. Jänner 1980 anläßlich der Regierungsklausur in Mallnitz bekannt, daß die Wiener Wahlberechtigten aufgerufen sein werden, in einer Volksbefragung unter anderem über die Schaffung einer zweiten Westeinfahrt Wiens durch den Ausbau der Flötzersteig-Bundesstraße zu entscheiden. Den Wienern wird die Frage vorgelegt werden, ob sie den Ausbau der Flötzersteig-Bundesstraße in Form einer Hochstraße

- 3 -

über das Wiental und die Linzerstraße oder in der Form einer Straße auf Bodenniveau mit geregelter Kreuzung mit der Linzerstraße wünschen oder ein derartiges Projekt ablehnen. Die Entscheidung über die weitere Zukunft des Projekts wird nun in den Händen der Wiener Bevölkerung liegen. Ich freue mich, daß die Gespräche mit dem Herrn Bürgermeister Leopold GRATZ zu einer Lösung beitragen.

Im übrigen trete ich als der für den Umweltschutz zuständige Minister selbstverständlich für eine Förderung der Massenverkehrsmittel ein. Ich verweise in diesem Zusammenhang darauf, daß die Wiener Bevölkerung anlässlich der Volksbefragung die Möglichkeit haben wird, Maßnahmen zur weiteren Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs zu befürworten.

Zu 3):

Auf Grund der geltenden Gesetzeslage habe ich gegenwärtig nur die Möglichkeit, durch das Anbieten der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungsarbeiten und durch Anregungen koordinierend im Sinne des Umweltschutzes tätig zu werden. Eine meiner Zielvorstellungen in der Neuordnung des Umweltrechts in Österreich ist es aber, eine Umweltschutzanwaltschaft einzurichten und bei Großvorhaben der öffentlichen und privaten Hand vor ihrer Realisierung Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen, die eine gesamtheitliche, umfassende Beurteilung der mit der Realisierung des Vorhabens verbundenen Umweltkonsequenzen und das Aufzeigen von weniger umweltbelastenden Alternativen gewährleisten. Diese Institutionen werden entscheidend dazu beitragen, die Zerstörung der städtischen Umwelt und des ökologischen Gleichgewichtes durch Verkehrsbauten hintanzuhalten.

- 4 -

Zu 4):

Durch die Ankündigung, den Ausbau der Flötzersteig-Bundesstraße den Wiener Wahlberechtigten zur Entscheidung vorzulegen, ist das Projekt derzeit zurückgestellt.

Der Bundesminister:

